



## EP: Polen muss auf Gesetz gegen "homosexuelle Propaganda" verzichten

Das EP hat seine tiefe Besorgnis über die Lage in Europa und besonders in Polen hinsichtlich der Zunahme von rassistischer und von Gewalt gegen Homosexuelle zum Ausdruck gebracht. Eindringlich werden die polnischen Behörden aufgefordert, davon abzusehen, ein Gesetz, das "homosexuelle Propaganda" unter Strafe stellt, zu verabschieden. Beschlossen hat das EP, den 17. Mai jedes Jahres zum Internationalen Tag gegen Homophobie auszurufen. Homosexualität müsse weltweit entkriminalisiert werden.

Die heute mit 325 Ja-, bei 124 Nein-Stimmen und 150 Enthaltungen angenommene Resolution wurde gemeinsam von der PSE, den Liberalen, den Grünen und der Vereinigten Europäischen Linken eingebracht.

### Besorgnis wegen "Hasstiraden"

In einigen europäischen Ländern greifen "Hasstiraden" gegen die LGBT-Gemeinschaft (Lesben, Homosexuelle, Bisexuelle und Transgender) um sich, so das EP. Insbesondere die Situation in Polen bewertet das EP kritisch. So habe etwa die polnische Kinderbeauftragte erklärt, sie bereite eine Liste der Arbeitsplätze vor, für die Homosexuelle ungeeignet seien.

Das EP habe die Europäische Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit beauftragt, eine Untersuchung über die zunehmende Tendenz zu rassistischer, fremdenfeindlicher und homophober Intoleranz in Polen durchzuführen. Allerdings gebe es auch "eine Reihe von positiven Entwicklungen", etwa die erfolgreiche Homosexuellen-Veranstaltung in Warschau im Juni 2006 oder und die Tatsache, dass Homosexuellen-Paraden "nicht länger grundsätzlich verboten sind".

### Auf Gesetz gegen "homosexuelle Propaganda" verzichten

Auf das vom stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten und Minister für Bildung vorgeschlagene Gesetz gegen "homosexuelle Propaganda", wonach Schulleiter, Lehrer und Schüler entlassen oder Geld- oder Gefängnisstrafen gegen sie verhängt werden sollen, wenn sie sich an den Schulen aktiv für die Rechte von Homosexuellen, Lesben, Bisexuellen oder Transgendern (GLBT) einsetzen, müsse verzichtet werden, ebenso auf "Einschüchterungsmaßnahmen" gegen LGBT-Organisationen.

Die Europäische Union sei zuallererst eine Wertegemeinschaft ist, in der die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, der Gleichstellung und der Nichtdiskriminierung zu den Werten gehören, denen die "größte Wertschätzung" entgegengebracht wird.

## **Delegation nach Polen, "um ein genaues Bild der Lage zu bekommen"**

Darüber hinaus müssten die zuständigen polnischen Behörden, die Erklärungen öffentlicher Personen, die zu Diskriminierung und Hass wegen der sexuellen Ausrichtung aufrufen, öffentlich verurteilen und Maßnahmen dagegen ergreifen. Jedes andere Verhalten stelle "einen Verstoß gegen Artikel des EU-Vertrags" dar. Die Durchführung des Jahres der Chancengleichheit 2007 müsse gefördert werden.

Die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden des EP wird ersucht, eine "Delegation nach Polen zu einer Vor-Ort-Mission entsenden, um ein genaues Bild der Lage zu bekommen und einen Dialog mit allen Beteiligten einzuleiten"

## **17. Mai jedes Jahres Internationaler Tag gegen Homophobie**

Das EP betont, dass die Institutionen der EU und die Mitgliedstaaten die Pflicht haben, zu gewährleisten, dass die Rechte der Menschen, die in der Europäischen Union leben, geachtet, geschützt und gefördert werden. Die EU-Kommission müsse das "Anti-Diskriminierungspaket" fertig stellen, ohne das Lesben, Homosexuelle, Bisexuelle und andere Menschen, die mehrfach diskriminiert werden, weiterhin diskriminierend behandelt werden können. Homosexualität müsse weltweit entkriminalisiert werden. Das EP hat in diesem Zusammenhang beschlossen, den 17. Mai jedes Jahres zum Internationalen Tag gegen Homophobie auszurufen.

### **Kontakt :**

#### **Andreas KLEINER**

Referat Redaktion & Veröffentlichung

E-Mail: [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

BXL: (0032-2) 28 32266

STR: (0033-3) 881 72336

#### **Gabriele FELSTERL**

Referat Redaktion & Veröffentlichung

E-Mail: [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

BXL: (0032-2) 28 41027

STR: (0033-3) 881 73782